



24.06.2022

Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

in dieser Woche war in Berlin besonders viel los: Neben dem hektischen Sitzungswochenalltag wurden die nationalen Spiele der Special Olympics eröffnet. Als Mitglied des Präsidiums des Special Olympic Komitees konnte ich unter anderem bei der großen Eröffnungsfeier am Sonntag in der Alten Försterei dabei sein. Am Mittwoch durfte ich beim 3000 Meter Lauf die Medaillen übergeben. Über 4000 Athletinnen und Athleten aus ganz Deutschland mit und ohne Behinderung treffen sich beim weltweit größten Wettbewerb für Menschen mit geistiger Beeinträchtigung. Dabei ist es nicht nur ein harter Wettkampf, sondern auch ein großes Fest



für alle und eine großartige Möglichkeit Inklusion zu erleben. Ich freue mich sehr, dieses Jahr dabei sein zu dürfen und noch mehr auf die großen World Games, die im nächsten Jahr stattfinden. Athletinnen und Athleten aus der ganzen Welt nicht nur in Berlin, sondern in ganz Deutschland in vielen verschiedenen „Host Towns“ empfangen werden. Wetzlar wird dabei eine große Delegation aus Costa Rica empfangen und gemeinsam mit der ganzen Stadt ein großes Fest der Vielfalt feiern.

In der vorletzten Sitzungswoche vor der Sommerpause haben wir noch einige wichtige Vorhaben auf den Weg gebracht: Das BAföG wird zum neuen Semester, zum neuen Schuljahr und zum neuen Ausbildungsjahr um 5,75 % steigen. Auch die Freibeträge der Elterneinkommen steigen, damit mehr junge Menschen einen Anspruch auf Unterstützung haben. Wir sorgen damit für mehr Chancengleichheit und machen das BAföG elternunabhängiger. Studierende mit Kind werden durch die Erhöhung des Kinderbetreuungszuschlags und Wohnzuschlags besonders unterstützt. Zudem wird die Antragsstellung des Aufstiegs- und normalen BAföG endlich digitaler, damit die Antragsstellung schneller abgewickelt werden kann. Das ist ein erster Schritt zur grundsätzlichen Neuausrichtung des BAföGs noch in dieser Legislatur.

Mit der Abschaffung des Paragraphen 219a sorgen wir endlich für Rechtssicherheit für Ärztinnen und Ärzte. Ärztinnen und Ärzte, die Abtreibungen durchführen, können sachliche Informationen hierüber für Patientinnen

bereitstellen, sodass Frauen Zugang zu wichtigen Informationen erhalten können. Anpreisende und irreführende Werbung bleibt weiterhin verboten und kann von den Ärztekammern verfolgt werden.



Olaf Scholz hat in der vergangenen Woche gemeinsam mit dem französischen Präsidenten Macron, dem italienischen Ministerpräsidenten Draghi und dem rumänischen Präsidenten Iohannis die Ukraine besucht. Gemeinsam haben sie bekräftigt, dass die Ukraine fester Bestandteil der europäischen Familie ist und genauso wie die Republik Moldau eine Beitrittsperspektive zur Europäischen Union erhalten muss. Ich freue mich sehr, dass er dies am Mittwoch in seiner Regierungserklärung noch einmal verdeutlicht hat und jetzt auf dem EU- und dem G7-Gipfel alles dafür tut, dass diese Entscheidung im Europäischen Rat einstimmig ausfallen wird. Wir vergessen dabei nicht, dass auch die Länder des Westbalkans schon lange auf einen Fortschritt ihres EU-Beitrittsprozess warten. Auch diese Länder gehören zu unserer europäischen Familie und wir unterstützen deren Beitrittsprozess. Wir stehen fest an der Seite der Ukraine, unterstützen sie wirtschaftlich, humanitär und militärisch. Wir unterstützen die Ukraine dabei ihr Recht auf Selbstverteidigung auszuüben und ihre territoriale Integrität zu sichern. Über den Zeitpunkt von möglichen Verhandlungen und die Zukunft der Ukraine entscheidet die Ukraine allein. [\(Hier geht es zu seiner ganzen Regierungserklärung\)](#)

Die Drosselung der Gaslieferungen durch Russland stellt eine neue Eskalation innerhalb der Krise da. Russland versucht durch den Einsatz von wirtschaftlichen Kriegsmitteln unsere Versorgungssicherheit zu beeinflussen. Wir müssen jetzt klug und richtig handeln, damit es im Winter nicht zu Engpässen für die Industrie und Wirtschaft kommt und die Preise für Privathaushalte nicht noch weiter explodieren. Hierfür hat das Bundeswirtschaftsministerium gestern die Alarmstufe ausgerufen. Das bedeutet, dass nun ein Krisenstab zusammentritt, der gemeinsam die Situation täglich analysiert und neu bewertet. Es sendet auch das klare Signal aus: Wir alle müssen versuchen, den Gasverbrauch zu reduzieren. Es gibt dabei keinen Grund zur Panik, aber die Situation ist ernst.

Deshalb müssen wir jetzt schnell dafür sorgen, dass die Erneuerbaren Energien und LNG-Terminals ausgebaut und wir unabhängiger von russischen Importen werden. Scheindebatten um die Rückkehr zur Atomkraft, helfen dabei niemandem. Weder ist das Thema eines möglichen Endlagers gelöst, noch können Brennstäbe nebenan am Kiosk gekauft werden, sondern frühestens im Herbst 2023. Zudem sind es zum Großteil russische Lieferanten, die Uran bereitstellen könnten. Das besonders perfide an diesen Vorschlägen: Atomkraftwerke ersetzen keine Gaskraftwerke. Erstens erzeugen sie Strom und keine Wärme. Zweitens laufen sie dabei konstant durch und können nicht wie Gaskraftwerke hochflexibel bei Spitzenbelastungen kurzfristig zugeschaltet werden. Die Betreiber der drei Atomkraftwerke bereiten seit über zehn Jahren das Abschalten der Atomkraftwerke vor. Es wurden keine neuen Brennstäbe bestellt, die Betriebsgenehmigungen laufen aus, das für den Betrieb notwendige Personal geht. Die Betreiber der Kraftwerke wollen aus gutem Grund keine Laufzeitverlängerung ihrer Anlagen. Zurecht: Eine Technologie von gestern und eine Debatte, die uns nicht weiterbringt.

Mit den bisherigen Entlastungen und Einmalzahlungen haben wir viele Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen mit insgesamt über 30 Milliarden Euro unterstützt. Es geht jetzt darum, schnellstmöglich die Erneuerbaren Energien auszubauen und unseren Strom günstig und selbst zu produzieren. Dafür haben wir bereits Planungsbeschleunigungen und große Investitionen auf den Weg gebracht. Bis dahin werden wir aber eine Zeit überbrücken und vor allem kleinen, mittleren Einkommen weiter unterstützen müssen. Damit niemand in diesen schwierigen Zeiten zurück gelassen wird. Große Einkommen und Vermögen, hohe Unternehmensgewinne und Millionenerben müssen ihren Teil dazu beitragen, dass unsere Gesellschaft zusammen bleibt.

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt